

Österreichischer Naturschutzpreis – Erweiterte Dankesrede

Erhard Kraus

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde vom Naturschutzbund,
besonders Margit und Walter,
verehrter Präsident Univ. Prof. Dr. Roman Türk!

Danke für die große Ehre dieses Naturschutzpreises.
Alle die mich ein bisschen besser kennen wissen, dass ich
solchen Angelegenheiten etwas ambivalent gegenüber
stehe. In meinem Fall besonders auch deshalb, weil mit
mir quasi ein Berufsnaturschützer ausgezeichnet wird.
Einer, der für seine beruflichen Naturschutzaktivitäten
sogar zeitlebens bezahlt wurde. Und da darf man ein
bisschen Engagement doch erwarten, denke ich.

Dennoch, wenn man auf die eindrucksvolle Liste der
früheren Preisträger schaut – von Friedensreich Hundert-
wasser, Freda Meissner-Blau, Bernd Lötsch und Peter
Weish, bis hin zu Kurt Kotrschal und meinem Freund
Werner Gamerith, dem ich für die Laudatio sehr zu
Dank verpflichtet bin – macht es mich doch stolz, dazu
zu gehören. Ganz frei von Eitelkeit bin auch ich nicht.
Und natürlich ist es eine ganz besondere Freude, wenn –
noch dazu im 70. Lebensjahr – mein persönlicher Werde-
gang und meine berufliche Arbeitsbilanz in so einem ein-
drucksvollen Rahmen gewürdigt wird.

Zum aktuellen Zustand des behördlichen Naturschutzes
in Niederösterreich hat Werner Gamerith in der Laudatio
schon deutliche kritische Worte gefunden. Dem möchte
ich noch ein paar Punkte hinzufügen: Der amtliche Natur-
schutz in Niederösterreich ist leider seit längerer Zeit Teil
des Problems und nicht Teil der Lösung. Er wurde, man
kann es nicht anders zusammenfassen, vom Helfer zum
Täter. Erst ein vom kleinen Waldviertler Naturschutzver-
ein „protect“ erkämpftes EuGH Urteil führte – mit etwa
10-jähriger Verspätung – zur Anerkennung von Parteien-
rechten der Umweltverbände nach der Aarhus-Kon-
vention durch österreichische Gerichte und Behörden.
Seither versucht die NÖ Naturschutzabteilung als willfä-
higes Instrument der Landespolitik diese Rechte durch ak-
tuelle Gesetzesnovellen auszuhöhlen und zu Beteiligten-
rechten abzuschwächen. Auch 20 Jahre nach Einrichtung
des Europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000
besitzt Niederösterreich noch immer keine brauchbaren
Managementpläne mit klar verorteten, nicht nur qualitativ
sondern auch quantitativ festgelegten Erhaltungszielen,
um für die überforderten Bezirksverwaltungsbehörden bei

Naturverträglichkeitsprüfungen eine brauchbare Arbeits-
grundlage zu schaffen. Die sträflich unterdotierte Schutz-
gebietsbetreuung kann nur punktuell Unterstützung
leisten. Oberösterreich verfügt beispielsweise über ein
Budget von 9 Millionen Euro pro Jahr, bei einem Flächen-
anteil von weniger als einem Drittel der niederöster-
reichischen Natura 2000 Gebietskulisse. Das in Nieder-
österreich dafür verfügbare Budget wird vom Amt der NÖ
Landesregierung wohlweislich nicht offengelegt, beträgt
aber sicher nur einen Bruchteil davon. Wie ich schon ein-
mal bei einem Naturschutztag in Krems berichtet habe,
zeigt ein Budgetvergleich zwischen Naturschutz- und
Straßenbauabteilung ein Verhältnis von 1:600 bis 1:700,
womit die Prioritäten im Land NÖ klar, aber nicht sehr

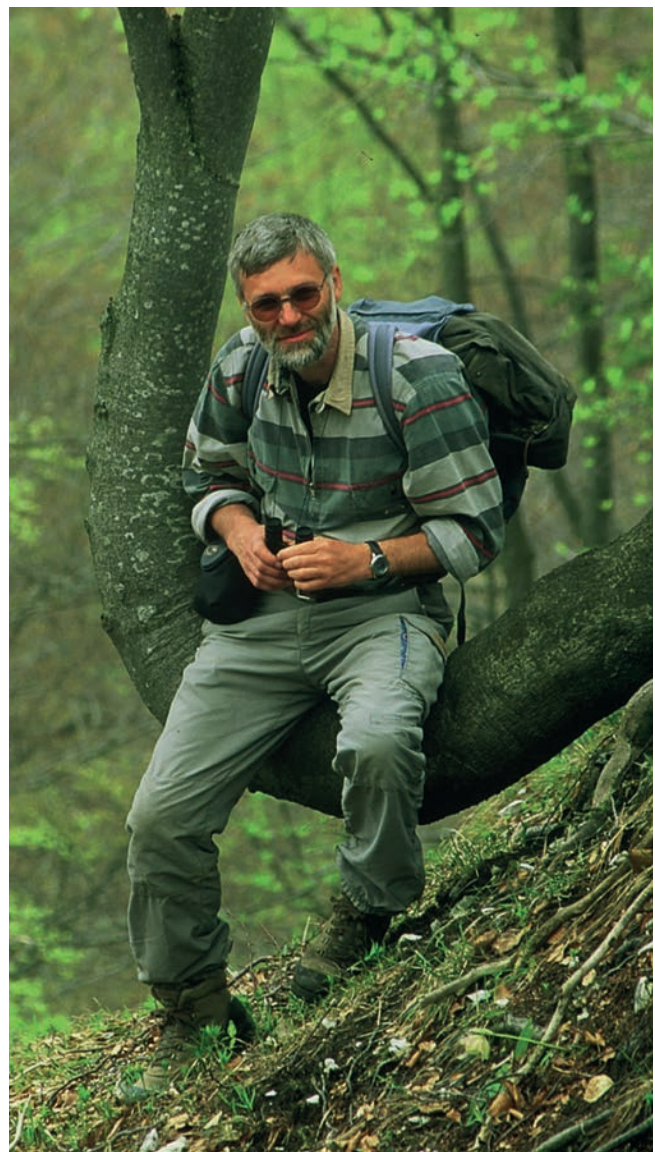


Abb. 1: In der Hundsau im Steinbachtal.

Foto: W. Gamerith

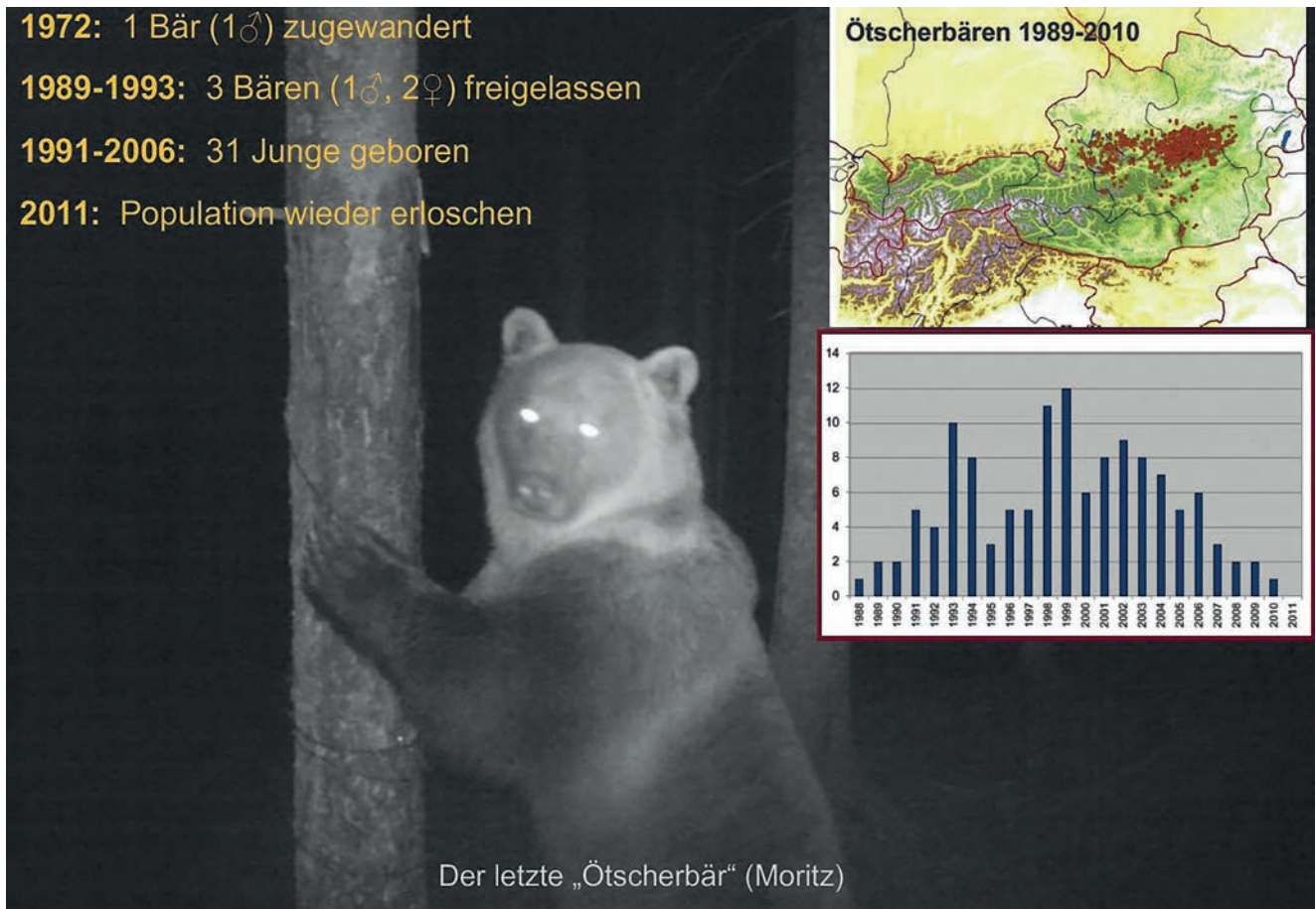


Abb. 2: Der größte „Misserfolg“ in meiner Naturschützer-Karriere: Die neuerliche Ausrottung der wiederangesiedelten, nordalpinen Bärenpopulation 150 Jahre nach dem ersten Aussterben des Braunbären in Österreich. Foto: G. Rauer

zukunftsweisend, ausgedrückt sind. Politisch gewollt ist sicher auch das österreichweit einzigartige Kuriosum, dass Bezirksforstorgane als Naturschutzsachverständige bei Prüfverfahren für die Bezirksverwaltungsbehörden tätig sind. Obwohl es im Forstdienst fallweise auch sehr sachkundige und motivierte Mitarbeiter für den Naturschutzbereich gibt, ist die Interessenskollision bei einschlägigen Vorhaben im Konfliktbereich Forstwirtschaft – Jagd – Naturschutz vorgezeichnet. Beispielsweise hat ein Bezirksforsttechniker, der auch als Jagd- und Naturschutzsachverständiger tätig ist und bei seinem Amtsantritt in den lokalen Medien als leidenschaftlicher Jäger vorgestellt wurde, in einer jagdfachlichen Stellungnahme ein Strafverfahren gegen einen zu Erholungszwecken im Bergwald wandernden Ornithologen befürwortet, weil dieser angeblich eine Störung des Wildes nach dem NÖ Jagdgesetz verursacht haben soll. Sollte so eine behördliche Vorgangsweise Schule machen, könnte damit jede ehrenamtliche ornithologische Forschung und jede Erholung im Wald mit Tier- und Naturbeobachtungen zugunsten selektiver jagdlicher Gelüste unterbunden werden. Von behördlich abgelehnten Forststraßenprojekten, die wegen der Borkenkäferproblematik zunehmend auch in ökologisch sensiblen Hochlagen errichtet werden, habe ich hingegen noch nie etwas gehört.

Trotz dieser prekären Umstände kann man nicht alle Missstände und Vollzugsdefizite den handelnden Beamten anlasten. Zu sehr und eigentlich konträr zur verfassungsmäßig vorgegebenen Gewaltentrennung zwischen Verwaltung und Gesetzgebung wirkt die Landespolitik mit ihrer Klientelpolitik in diese Behördentätigkeit hinein. Maßgeblich unterstützt durch ein Metternich'sches Amtsverständnis, das – einzigartig in Europa – bis heute ein Amtsgeheimnis kennt und den Bürger zum Bittsteller degradiert. Dialog auf Augenhöhe wäre also nicht nur im Umgang mit Grundeigentümern bei Naturschutzverfahren zu fordern (wie von der Vertreterin des Hauptverbandes der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe in der Podiumsdiskussion eingebracht wurde), sondern auch im fairen Umgang von Behörden und Gerichten mit Umweltverbänden und interessierten Bürgern. Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei verfügen seit langer Zeit über starke gesetzliche Interessenvertretungen in Form von Körperschaften öffentlichen Rechts, die maßgeblich bei der Gesetzgebung eingebunden sind. Der Naturschutz verfügt über derart wirksame Instrumente nicht. Unser neoliberales, kapitalistisches Wirtschaftssystem mit dem Schlagwort „weniger Staat, mehr privat“ führte zu dieser Schieflage, weil vielfach systemisch Behördenentscheidungen gefällt werden, die dem Dogma eines

immerwährenden Wirtschaftswachstums geschuldet sind. Finanzstarke Projektwerber, einflussreiche Lobbys mit starker Interessensvertretung und eine willfährige, von der Politik gesteuerte Beamenschaft ermöglichen diese hemmungslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen, an deren Ende immer längere Rote Listen und das Verschwinden von Lebensräumen und Arten stehen. Wie man das ändern kann? In erster Linie an der Wahlurne. Aber auch durch Stärkung von Initiativen der Zivilgesellschaft, die diesen Zuständen engagiert entgegen treten, wie zum Beispiel durch Unterstützung des laufenden Volksbegehrens für Rechtsstaat und Antikorruption.

Zum Abschluss habe ich noch zwei kurze Geschichten mitgebracht, eine die zum Nachdenken anregen und eine zweite, die Hoffnung machen soll:

Vor etwa einem halben Jahr habe ich – wiederum schicksalhaft – eine Bekanntschaft mit einem Onkologen des Universitätsklinikums St. Pölten gemacht, der mittlerweile zum Freund geworden ist. Dieser hochkarätige Mediziner kann sich erstaunlicherweise für Luchse, Bären und Wölfe begeistern und bewirtschaftet neben seinem Hauptberuf einen von den Eltern geerbten Bauernhof mit etwa 10 ha am Rand des Wienerwaldes. Dort betreibt er seit langer Zeit Humuswirtschaft, weil er davon



Abb. 4: Der Fischotter – ein Wassermarder.

Foto: E. Kraus

überzeugt ist, dass das die CO₂ Frage wesentlich mitentscheidet. Er erzählte mir aber auch von der niederösterreichischen Krebsstatistik, die nachdenklich macht: Ein erstaunlich hoher Anteil der chronischen Leukämiefälle und fast 10 Prozent der Pankreas-Karzinome betreffen Landwirte bei einem Bevölkerungsanteil von nur 1,5 Prozent, was als direkte Folge der Chemie intensiven Landwirtschaftspraxis interpretiert werden kann. Denn Bauern in Grünlandgebieten sind davon nicht in gleicher Weise betroffen. Etwas zynisch könnte man sagen, zuerst stirbt die Artenvielfalt, dann der Bauer...

Um aber einen positiven Blick in die Zukunft zu richten, möchte ich abschließend von einer sehr inspirierenden Tagung, die ich kürzlich in der Johannes Kepler Universität in Linz erlebt habe, berichten. Dort hat das Institut für Umweltrecht unter der Leitung der legendären Univ. Prof. Mag. Dr. Erika Wagner eine Netzwerktagung zum Thema Biodiversitätsschutz ausgerichtet, die mich sehr beeindruckt hat. Junge Juristinnen referierten zum schwierigen Thema Naturverträglichkeitsprüfung und hatten zudem überhaupt keine Scheu, sich fachlich weit aus dem Fenster der eigenen Profession zu lehnen, um neue Denkrichtungen, z.B. bezüglich der Eigenrechtsfähigkeit von Naturgütern, anzugehen. Gedacht als innovative Ergänzung zum bisher verfügbaren Rechtsinstrumentarium, das ja ganz offensichtlich nicht ausreicht, um den Verlust der Artenvielfalt aufzuhalten.

Mein Resümee: Wenn also Mediziner sich schon für Bären, Luchse und Wölfe begeistern, Juristinnen an den Universitäten sich für den Schutz der Biodiversität interessieren und vielleicht wir alle als engagierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit dem Naturschutzbund und all den anderen Umweltverbänden auch noch ein bisschen Gas geben, dann – liebe Freundinnen und Freunde – kann eigentlich nichts mehr schief gehen.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit!

Kontakt: erhard.kraus@gmx.at



Abb. 3: Hier mit meinem Lieblingstier, dem Otter-Findelkind „Fibi“, dem ich in meinem Haus in Schallaburg einige Monate Gastfreundschaft gewähren durfte.

Foto: H. Kraus

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Lanius](#)

Jahr/Year: 2021

Band/Volume: [30](#)

Autor(en)/Author(s): Kraus Erhard

Artikel/Article: [Österreichischer Naturschutzpreis – Erweiterte Dankesrede 9-11](#)